

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wochensatz: Abonnementspreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Erich-Randow).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 35 Pfg., Familienanz. 15 Pfg.,
Vereinsanz. 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 52.

Berlin, Sonnabend, 1. Juli 1911.

Dreißundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Mein Agitation! — Die neue englische Arbeiter-
versicherungsbill. — Die liberale und die
widerstandige Bewegung im Jahre 1911. —
Allgemeine Rundschau. —
Verbands-Zeit. — Literatur. — Anzeigen.

Mein Agitation!

Wenn eine Organisation wie die unsrige, die den Kampf gegen eine Welt von Gegnern zu führen hat, die Zahl ihrer Anhänger vermehren will, so müssen alle Kräfte in Bewegung gesetzt werden. Und jede Instanz in unserer Organisation findet ein weites Feld zur Betätigung. Sowohl der geschäftsführende Ausschuss des Verbandes wie die Hauptleitungen der einzelnen Gewerksvereine, die Ortsverbände wie die Ortsvereine haben stets und ständig Gelegenheit, Anregungen zu geben bzw. Aufträge, die sich auf die Agitation beziehen, auszuführen. Ueber einen Mangel an Arbeit kann sich wahrlich niemand beklagen. Wenn und opferfreudig werden auch die zuerst genannten Aufgaben ausgeführt, in der Regel von einer ganz bestimmten Anzahl von Kollegen, die, arbeitsfroh und überzeugungstreu, stets auf dem Posten sind, wenn es gilt, unsere gute Sache zu fördern. Die große Masse folgt auch gewöhnlich willig den Anordnungen dieser vorwärtsstrebenden Kollegen. Von eigener Initiative aber ist oft nichts zu merken. Ja, viele Mitglieder sind so kurzfristig und gleichgültig, daß sie gar nicht mit der Zahlung der Beiträge ihrer Organisationspflicht „voll und ganz“ genügt zu haben, im übrigen die Hände in den Schoß legen, unbekümmert darum, ob die Organisationsfortschritte mehr oder nicht.

Das ist ein schwerer Fehler! Gerade die Agitation von Mund zu Mund zeitigt gewöhnlich die besten Erfolge. Leute, die weder in großen Versammlungen, noch durch Schriften und Flugblätter für die Organisation gewonnen werden können, bekommen Interesse und Verständnis dafür, wenn der Arbeitseifer, der unter demselben Vorzeichen leuchtet, in schlichter Weise darlegt, welche Vorteile die Zugehörigkeit zur Organisation bietet, und wie schwer sich derjenige an sich und seiner Familie verdingt, der aus irgend welchem Grunde absteht. Bedauerlicherweise gibt es viele Arbeiter, die nicht das Vertrauen zu sich haben, daß es ihnen gelingen könnte, andere für die Organisation zu werden. Würden sie nun ernstlich den Versuch wagen, so würde mancher zu seiner freudigen Ueberraschung erfahren, daß er keine Kräfte unterschätzt hat, und dann mit doppelter Energie an die Vorbereitungen herangeht. Also mehr Selbstvertrauen, Kollegen, so müssen wir Euch rufen, und so mancher wird die Beobachtung machen, daß er viel mehr für unsere Sache leisten kann, als er bisher getan hat.

Den Anlaß zu dieser Betrachtungen gibt uns eine der letzten Sitzungen des Diskussionsklub in Berlin. Um auch diejenigen Kollegen und Kolleginnen, die sich nur selten mit der Sprache herauswagen, zum Reden zu bringen, wurde eine sogenannte Rundsprache veranstaltet, d. h. ein jeder mußte sich von seinem Platze erheben und erzählen, wie er Mitglied des Gewerksvereins geworden ist. Die verschiedenartigsten Beweggründe wurden da angegeben. Der eine hatte sich entschieden an gesellschaftlichen Veranstaltungen der Ortsvereine teilgenommen, dadurch freundschaftliche Beziehungen angeknüpft und war so schließlich aus freien Stücken in den Gewerksverein eingetreten, wo er jetzt als eifriges Mitglied wirkt. Ein anderer hatte mehrfach den „Gewerksverein“, wieder ein anderer den „Regulator“ von einem Arbeitskollegen zu lesen bekommen und wurde dadurch für

uns gewonnen. Die heftigen Angriffe, die seitens der Gegner gegen uns gerichtet wurden, hatten einem andern Gelegenheit gegeben, sich gründlicher mit dem Wesen der Arbeiterorganisationen vertraut zu machen und ihn nach reiflicher Prüfung schließlich in unser Lager geführt. Mehrere waren aus gegnerischen Organisationen zu uns übergetreten, weil man auf jener Seite das, was man versprochen, nicht gehalten hatte. Endlich gaben einige Redner die kurze und bündige Erklärung ab, sie seien von ihren Vätern, die lange Jahre Mitglied im Gewerksverein sind, so erzogen worden, daß sie zu gar keiner andern Organisation hätten gehen können. Wohl fanden sich auch einige, die erzählten, daß sie durch ihre Mitarbeiter dem Gewerksverein beigetreten seien; ihre Zahl war aber doch verhältnismäßig gering.

Das gibt doch zu denken! Ohne weiteres darf man annehmen, daß anderwo die Zustände nicht wesentlich anders sind. Dann aber kann man sich des Gefühls nicht erwehren, daß die Kollegen nicht so auf dem Posten sind, wie es ihre Pflicht wäre, und daß in der agitatorischen Kleinarbeit viel mehr geleistet werden könnte. Sollte es denn wirklich bei der leider noch so großen Masse der unorganisierten Arbeiter unmöglich sein, daß ein jedes Mitglied unserer Organisation im Laufe des Jahres einen einzigen neuen Anhänger zuführt? Angesichts der immer häufiger und erbitterter werdenden wirtschaftlichen Kämpfe kann es doch bei diesem Voratz nicht gar so schwer sein, auf dem Wege zu und von der Arbeitsstätte, in den Arbeitspausen, auf Ausflügen, bei öffentlichen Veranstaltungen und den zahlreichen Gelegenheiten, die sich sonst bieten, einem Arbeiter die Notwendigkeit des Anschlusses an die Berufsorganisation beizubringen. Wer das Gegenteil behauptet, wer kleinmütig auf jeden Versuch verzichtet, der ist noch nicht fest genug durchdrungen von unseren Ideen und Anschauungen, dem fehlt der Glaube an die Werbestraft und die Sieghaftigkeit der Grundzüge der Deutschen Gewerksvereine. Oft freilich sind es nur Bewusstseins- und Gleichgültigkeit, die einer eifrigen Agitationsarbeit entgegenstehen, und diese schlimmsten Feinde unseres Fortschrittes müssen am allerentchiedensten bekämpft werden. Das kann am wirksamsten dadurch geschehen, daß in jeder Ortsverbands- und Ortsvereinsversammlung vom Vorhinein auf die Wichtigkeit der Kleinarbeit hingewiesen, die Agitation von Mund zu Mund, von Haus zu Haus empfohlen wird. Sicherlich geschieht es schon hier da, aber doch nicht überall und nicht immer mit dem nötigen Nachdruck. Wir sind in unserer Organisation, gerade weil wir nach so vielen Kämpfen zu kämpfen haben, auf die Mitarbeit aller angewiesen. Jeder einzelne muß mit seiner ganzen Persönlichkeit für unsere Sache eintreten, und wenn dies geschieht, wenn man überall seine Schuldbiligkeit tut, dann muß und wird es vorwärts gehen. Allerdings von nichts kommt nichts, und bei dem scharfen Konkurrenzkampf, den die Organisationen der Arbeiter unter sich führen, heißt es alle Kräfte einsetzen. Darum, Gewerksvereinskollegen, auf zur Tat! Fort mit aller Gleichgültigkeit, mit aller Lässigkeit. Geht hinein in die Massen der unorganisierten, zeigt ihnen, daß nur in einer Organisation, die alle Arbeiter ohne Unterschied ihres politischen und religiösen Glaubensbekenntnisses aufnimmt, die Interessen der armenen Arbeiterschaft wirksam vertreten werden können. Diese Erkenntnis wird sich Bahn brechen und damit der Sieg unserer Anschauungen errungen werden.

Die neue englische Arbeiter- versicherungsbill.

Was würden die alten deutschen Liberalen, die längst unter dem Geleite ruhen, sagen, wenn sie sehen könnten, daß nun auch das Ursprungsland des Manchesterturns, England, zur staatlichen Arbeiterversicherung übergeht? Ja, daß diejenige Partei, die in England das Manchesterturn zum Siege geführt, nämlich die liberale, von der jede andere liberale Partei in anderen Ländern nur ein mehr oder minder schwacher Schatten war, daß gerade sie an der Spitze dieser Staatsversicherungs-bewegung steht. Man denke sich den Mann, der 1882 von einer Berliner Versammlungsbühne herunter rief: „Die Unfallversicherung erniedrigt den Arbeiter unter das Tier.“ Würde er angesichts der Vorgänge in England nicht glauben, der Weltuntergang stehe vor der Tür?

Gerade dieser Wechsel der Anschauungen beweist deutlich, wie weit der Engländer an politischem Verstande, sagen wir, dem Deutschen überlegen ist. Was geschah in Deutschland als Bismarcks Arbeiterversicherungs-gesetze erließen? Ein Sturm der Entrüstung jagte durch das Land. Arbeiter, Fabrikanten, Händler, Kaufleute, alles war einmütig fast in der Verwerfung dieser schändlichen staatssozialistischen Maßnahmen. Und wäre der Schöpfer dieser Gesetze nicht eben letzten Endes Bismarck gewesen, sie wären nie Gesetz geworden. Man diskuterte prinzipiell und fand, das gemessen an dem, was man sein Prinzip nannte, die Gesetze schlecht waren. Deshalb weg damit! Wie ganz anders hier zu Lande! Ich lese jetzt zwei Monate hindurch die englischen Zeitungen und habe eine einzige Stimme gefunden, die grundsätzlich gegen das Gesetz war. Das war ein sogenannter „Hinterwälder“, wie die Engländer einen Lord nennen, der jahraus jahrein auf dem Lande wohnt und dem man nicht viel politischen Verstand traut. Diesem „Hinterwälder“ gestattete die „Times“ auf ihrer Festschrift sein Köhlein zu tummeln. Niemand sonst redet grundsätzlich darüber, ob das Gesetz gut ist; niemand redet davon, ob das Gesetz seinen „Prinzipien“ entspricht. „Wir haben keine Manchesterleute mehr“ sagte kürzlich ein liberaler Politiker. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit sozialer Gesetze ist allgemein bei Konservativen und liberalen Wählern.

Freilich, die englischen Staatsmänner behandeln solche Probleme auch ganz anders. Lloyd George, der Schatzkanzler und Vater dieser Gesetze, ist ein Demokrat. Wer ihm einen Brief schreibt und um Aufklärung in dem oder jenem Punkte bittet, erhält in drei Tagen eine Antwort. George beachtet die Kongresse, z. B. der Arbeit, die etwas Opposition machen, weil ihnen das Gesetz zu weit geht, und diskutiert mit den Herren auf gleichem Fuße. Und seit kurzem reist dieser an Selbstverleugung leidende Mann durch das ganze Land, hält Versammlungen auf Versammlungen ab und steht dem einfachsten Wähler Rede und Antwort auf seine Fragen zur Arbeiterversicherung. Nimmt man hinzu, daß selbst die konservative Partei im Parlament ihre grundsätzliche Zustimmung zu dem Gesetze erklärt hat und sich Prüfung nur für die Einzelheiten vorbehielt, so weiß man, daß in einigen Monaten das Gesetz fertig sein wird.

Aber dieser Unterschied zwischen England und Deutschland besteht nicht bloß bei den bürgerlichen Parteien, sondern ebenso bei den Arbeitern. Ueber daselbe Gesetz würde der „Vorwärts“ etwa geschrieben haben: Es ist zu schlecht zum Ansehen. Es muß von vornherein verworfen werden. Lieber nichts, als diesen Schund...!

Nachdem hier die Bill erschienen, hielt das „Daily Chronicle“ eine Umfrage bei Abgeordneten aller Parteien. Davon möge hier nur Platz finden, was der ehemalige Farmer Henderson, einer der Hauptführer der Arbeiterpartei, sagte:

„Soweit wie ich urteilen kann, ist die Bill eine treffliche Verwirklichung eines großen Gedankens. Sie ist kühn, umfassend und nach dem Alterspensionsgesetz der größte Versuch zur sozialen Reform in diesem Lande. Die Bestimmungen zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter in Verbindung mit denen betreffend Heilung Schwindsüchtiger und dem Mutterschaftsgeld sind prächtig. Die Beitragsregelung erscheint mir nicht ganz zweckmäßig und zufriedenstellend — aber das wird ein Gegenstand weiterer Diskussion sein können.“

Weil die Arbeiter sich anders verhalten, verhalten sich auch die bürgerlichen Politiker anders. Doch darüber gelegentlich mehr.

Bereits in Nr. 37 des „Gewerksverein“ wurden die Hauptbestimmungen der Bill skizziert. Dies Bild sei hier vervollständigt.

Das Gesetz zerfällt in zwei Teile. Die erste umfaßt die Kranken- und Invalidenversicherung, die zweite eine Arbeitslosenversicherung für Maschinenbau- und Metallindustrie und für das Baugewerbe. Da dieser letztere Zweig bereits von einem Londoner Korrespondenten behandelt worden ist, sei hier nur die Kranken- und Invalidenversicherung ins Auge gefaßt.

Dieselbe soll gemeinsam durchgeführt werden. Daß sie, wie hier vielfach behauptet wird, mehr leiste als die deutsche Versicherung, kann im allgemeinen nicht zugegeben werden. Aber sie leistet auch nicht weniger. Das Krankengeld ist einheitlich und beträgt 10 Mark wöchentlich für Männer und 7,50 Mark für Frauen für die ersten dreizehn Wochen; darnach für die zweiten dreizehn Wochen 5 Mark. Das Krankengeld wird gezahlt vom vierten Tage der angemeldeten Krankheit ab. Außerdem wird ärztliche Behandlung gewährt. Personen unter 16 Jahren erhalten nur ärztliche Behandlung, ebenso solche über 70 Jahre, weil diese letzteren Alterspension erhalten.

Von diesen allgemeinen Bestimmungen gibt es nun eine Anzahl in Deutschland unbekannter Ausnahmen. Ein Anspruch auf Krankengeld ist nur gegeben, wenn der Versicherte der Klasse 26 Wochen angehört und 26 Wochenbeiträge geleistet hat. Personen bis zu 21 Jahren erhalten geringere Bezüge. Personen, die beim Eintritt in die Versicherung mehr als 50 Jahre alt sind, erhalten ebenfalls geringere Bezüge, so lange sie nicht mindestens 500 Wochenbeiträge bezahlt haben. In Zeiten der Krankheit und Arbeitslosigkeit brauchen keine Beiträge gezahlt zu werden; jedoch werden die Bezüge gekürzt, wenn seit Eintritt in die Versicherung für jedes Jahr mindestens dreizehn Wochenbeiträge weniger geleistet sind. Auch wird nicht gezahlt, wenn der Kranke einen Anspruch gegen den Unternehmer hat wegen eines Betriebsunfalles. Das aus der Zwangsversicherung gezahlte Krankengeld soll nur zwei Drittel des Lohnes übersteigen. Arbeiter, die sich doppelt versichern, erhalten von der Staatsversicherung so viel Abzug, daß das Gesamtkrankengeld ihren Lohn nicht übersteigt.

In zweiter Linie wird eine Invalidenrente von fünf Mark pro Woche gezahlt nach der Beendigung des Krankengeldbezuges an solche Leute, die noch nicht arbeitsfähig sind, jedoch nur, wenn sie mindestens 104 Wochenbeiträge geleistet haben. Krankheiten, die innerhalb 52 aufeinander folgenden Wochen liegen, werden als eine Krankheit gerechnet, für die zusammen eben nicht mehr als 26 Wochen Krankengeld bezahlt wird. Erst nach zwölf Monaten und 52 geleisteten Wochenbeiträgen kann neues Krankengeld oder Invalidenrente beansprucht werden.

Frauen erhalten für die Geburt jedes Kindes 30 Mark Mutterschaftsunterstützung, und zwar nicht nur Frauen, die selbst Kassenmitglieder sind, sondern auch die Ehefrauen der versicherten Männer. Dafür gibt es aber keinerlei Sterbegelder aus dieser Versicherung.

Für weitreichende Krankenhausteambildung ist Vororge getroffen, besonders gegen Lungenschwindsucht. Auch kann sich der Versicherte durch jährliche Extrazahlung von 1 Mark, zu denen der Staat 2 Pf. hinzuzahlt, besondere Rechte an Seilanstaltsbehandlung erwerben.

Die Beiträge sind bekannt: 25 Pf. wöchentlich durch den Unternehmer, 33 Pf. durch den Arbeiter, 17 Pf. durch den Staat. Frauen zahlen 25 Pf. eigenen Beitrag. Es erscheint sehr zweifelhaft, ob diese Beiträge ausreichen werden.

Das Interessante und Neue an der Versicherung ist die geplante Organisation. Man erinnere sich, daß England ein blühendes Hilfskassenwesen hat. Mehr als sechs Millionen Personen haben sich freiwillig gegen Krankheit, mehr als 40 Millionen

gegen Sterbefälle versichert. Mit dieser mächtigen Organisation muß der Gesetzgeber rechnen und er tut es in recht englisch-großzügiger Weise, indem er es diesen Vereinen überläßt, die ganze Zwangsversicherung zu machen. Ein Gedanke, der einen deutschen Bureaufkrater zur Verzweiflung bringen würde. Man hat es hier eben seit Jahrhunderten verstanden, die Menschen zu einem nützlichen Gebrauch der Freiheit zu erziehen. Angestelltenverträge nach Muster derjenigen, über die zuletzt im Reichstag verhandelt wurde, sind hier ebenso unmöglich wie Gesetze gegen solche Verträge.

Die ganze Sache geht nun so vor sich, daß nach Fertigstellung des Gesetzes die noch nicht den Hilfskassen angehörenden Arbeiter von Amts wegen aufgefordert werden, sich den Hilfskassen anzuschließen. Kann man sich denken, daß die deutsche Regierung die Arbeiter auffordert, sagen wir, einer Gewerkeinstreikentkassens beizutreten? Die Beiträge hat der Unternehmer wie in Deutschland einzuzahlen und dafür Marken in die Quittungsart zu kleben. All dieses Geld geht in einen einheitlichen Fonds, „National Health Fund“ (Nat. Gesundheitsfonds). Jede Hilfskasse meldet bei diesem Fonds an, wie viel zwangsversicherte Mitglieder sie hat. Nach Bedarf kann sie von dem Fonds ihr Geld abheben. Was sie nicht abhebt, wird auf ihr Konto gutgeschrieben, ebenso der Staatsbeitrag pro Mitglied. Die einzigen Pflichten, die die Kasse hat, bestehen darin, daß sie sich mindestens alle drei Jahre einer Kontrolle durch die „Insurance Commissioner“ (Versicherungskommission), einer Art Reichsversicherungsamt, unterwerfen, eine Kautions stellen und ihre Buchführung über diese Staatsversicherung getrennt von eventuell anderen Dingen halten muß. Alle Ueberschüsse, die sie macht, kommen aber ihr allein zugute, wie sie alle Defizits durch Ertragsbeiträge der Mitglieder oder Herabsetzung der Leistungen tilgen muß. Außerdem muß sie für je tausend Mitglieder eine Sozialabteilung errichten.

Warum man das alles so gemacht hat? Nun, die Engländer haben in Deutschland die Versicherung gründlich studiert und uns vieles nachgemacht, haben aber auch die schwache Stelle der deutschen Versicherung herausgefunden. Das deutete Lloyd George in seiner ersten Parlamentsrede zu dieser Sache an, als er deutlich aus sprach: Der einzige Schutz gegen Simulation ist die Selbstkontrolle der Versicherten durch die Versicherten. Verstehen wir es nicht, die Versicherten mit Herz und Kopf für diese Aufgaben zu begeistern, so ist alles andere nutzlos. Und Herr Shackleton, der alte Gewerkeführer, der nun im Ministerium des Innern sitzt, sagte mir lächelnd: Wir werden die Sache schon so organisieren durch Bedung des Selbstinteresses der Versicherten, daß jeder Simulant drei Angeber hat.“

In dieser Organisationsform liegt, wie gesagt, der große Fortschritt des englischen Systems gegenüber allen anderen. Hoffen wir, daß er sich bewährt und dann uns Deutschen zum Muster wird.

Für solche Mitglieder, die von keiner Hilfskasse aufgenommen werden, ist eine besondere Einrichtung geschaffen in dem sogenannten Postfonds. Die Beiträge dieser Leute werden am Postamt des Wohnortes eingezahlt, und sie erhalten ebenso dort ihr Krankengeld usw. Zur Verwaltung dieses Postfonds wird ein Local Health Committee (lokales Gesundheitskomitee) gebildet, dem außerdem die Aufgabe zufällt, Sanatorien zu verwalten und die Lokalverwaltungen der Hilfskassen zu beaufsichtigen.

Uebrigens wird nicht ohne weiteres jede Hilfskasse zugelassen, sondern nur solche, die mindestens 10 000 Mitglieder haben und sich einer Prüfung unterwerfen. Jedoch sind Fabrikbetriebe, die eigene Kassen haben, an diese Ziffer nicht gebunden.

Von den vielen interessanten Einzelheiten sei nur noch eine erwähnt. Da wo in Städten, Landesteilen oder Fabrikbetrieben außergewöhnlich hohe Krankheitsziffern herrschen, kann die Hilfskasse oder das lokale Gesundheitskomitee das Ministerium des Innern auffordern, einen Kommissar zu entsenden, der die Gründe dieser Tatsachen nachprüft. Zur Abstellung etwa vorhandener Mißbräuche kann dieser Kommissar Fabrikbesitzer, Gemeinden usw. auffordern und eventuell zwangsweise die nötigen Änderungen vornehmen lassen.

Die überseeische Aus- und Einwanderung im Jahre 1910.

Die Gesamtzahl der Deutschen, welche im Jahre 1910 über deutsche und fremde Häfen ihr Vaterland verließen, war um 610 höher als im Vorjahre. Sie ist gestiegen von 24 921 auf 25 531. Die Steigerung ist gegenüber dem Vorjahr, wo sie 5038 Personen betrug, nur unerheblich.

Von allen deutschen Auswanderern gingen 21 409 über die deutschen Häfen, und zwar 7496 über Hamburg und 13 913 über Bremen. Diese Zahlen lassen eine erhebliche Zunahme des Verkehrs erkennen, während die holländischen und französischen Häfen eine entsprechende Abnahme zu verzeichnen haben.

Im vorigen Jahre stand die Provinz Brandenburg mit Berlin bezüglich der Zahl der Auswanderer an der Spitze; diesmal weist Bayern die meisten Auswanderer auf, nämlich 2444, worunter sich 961 weibliche Personen befanden. Nicht man jedoch die Einwohnerzahl mit in Betracht, so hat Bremen wie in den beiden Vorjahren die meisten Auswanderer.

Der Hauptstrom der Auswanderung war wie in den früheren Jahren nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika gerichtet; nicht weniger als 22 773 oder 89,8 Prozent haben dort ihr Heiligtum gefunden. Gegen die Vereinigten Staaten spielen die übrigen Länder nur eine untergeordnete Rolle. Das ganze übrige Amerika, einschließlich Brasilien und Argentinien, nahm nur 2537 Auswanderer auf. Nach Australien gingen 128 und nach Afrika 16 Personen.

Von den Beruf anberuht, so stellten Gewerbe und Baugewerbe die größte Zahl der Auswanderer, nämlich 7222. In kurzem Abstande folgt die Land- und Forstwirtschaft mit 7072; das Handels- und Versicherungsgewerbe ist mit 2817 und die Gruppe der häuslichen Dienstboten mit 2088 Personen an der Auswanderung beteiligt. Bergbau, Gütten- und Salinenwesen weist 1107 Auswanderer auf; die übrigen Berufsgruppen haben alle weniger als 1000 Personen.

Für 23 423 Personen liegen Angaben über Alter und Geschlecht vor. Auch diesmal sind die Männer an der Auswanderung stärker beteiligt als die Frauen; 14 153 männlichen Auswanderer standen nämlich nur 9270 weibliche Auswanderer gegenüber. Im Alter von 21 bis 50 Jahren standen 13 900 Personen, und zwar 9197 Männer und 4703 Frauen; die jüngeren Altersklassen waren bei den Frauen verhältnismäßig stärker belegt als bei den Männern.

Unter den erwähnten 23 423 deutschen Auswanderern befanden sich 2334 Familien, zu denen 2417 ledige, 1623 verheiratete männliche Personen und 2337 ledige, 2353 verheiratete weibliche Personen gehörten. Einzelnen reisten 14 693 Personen, worunter sich 2147 verheiratete Männer befanden. Diese Zahl läßt wiederum darauf schließen, daß bei der Auswanderung von Familien vielfach das Familienoberhaupt vorkommt und seine Angehörigen später nachkommen läßt.

Die Auswanderung von Angehörigen fremder Staaten über Deutschland ist von 239 637 im Jahre 1909 auf 254 618, das heißt also um 14 981 Personen gestiegen. Den Hauptanteil an dieser Fremdenauswanderung nehmen Rußland mit 105 662, Oesterreich mit 84 426 und Ungarn mit 56 861 Personen. In weitem Abstande folgen dann Bulgarien mit 2250, die europäische Türkei mit 1562, Rumänien mit 1547, die Schweiz mit 642, Schweden mit 445 und Dänemark mit 418 Personen. Das Hauptziel der Fremdenauswanderung bildeten ebenfalls die Vereinigten Staaten von Nordamerika, wohin 233 056 oder 91,5 Prozent aller Fremden gingen.

Der überseeischen Auswanderung steht eine starke Ein- bzw. Rückwanderung gegenüber. Die bezüglichen Zahlen sind nicht ganz vollständig; sie werden gewonnen aus den Nachweisen, welche auf Veranlassung des kaiserlichen Statistischen Amtes unter Mitwirkung der statistischen Bureaus in Bremen und Hamburg von den großen Schiffsahrtsgesellschaften geliefert werden. Einschließlich der von der amerikanischen Einwanderungsbehörde zurückgewiesenen Personen stellte sich die Zahl der Einwanderer auf 154 393. Das sind 26 775 Personen mehr als im Jahre 1909. Immerhin bleibt auch diese Zahl noch erheblich zurück hinter denjenigen der Jahre 1907 und 1908 mit 217 812 bzw. 216 917 Rückwanderern. Es sind das die beiden Jahre, in denen die Vereinigten Staaten von einer gewaltigen Wirtschaftskrise heimgekehrt und deshalb viele zur Rückwanderung nach Europa veranlaßt wurden. Die meisten Einwanderer, nämlich 99 429 kamen aus Nordamerika, 10 248 aus Südamerika, 952 aus Westindien und Mexiko, 883 aus Italien, 4677 (darunter 904 Mann Truppen) aus Afrika und 531 aus Australien. Diese Ein- bzw. Rückwanderer sind jedoch keineswegs alle Deutsche gewesen. Es befinden sich darunter solche, die nur in Deutschland gelandet sind, um von hier nach anderen Ländern weiter zu wandern. Einzelne Zahlen darüber sind nicht vorhanden.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 30. Juni 1911.

Der Quartalswechsel erinnert wieder an die Erneuerung des Abonnements. Das gilt nicht nur für den „Gewerkverein“, sondern auch für die Jugendzeitschrift „Die Sonne“. Wer die Jugendorganisation unterstützen will, der muß vor allen Dingen auch Abonnent der „Sonne“ werden, damit diese Monatschrift sich aus den Abonnementsgeldern selbst halten kann. Die Gewerkschaftskollegen bringen leider der Jugendorganisation nicht überall die Unterstützung entgegen, die sie verdient. Um so mehr sind diejenigen, die die Bedeutung der Jugendbewegung für unsere Sache erkannt haben, verpflichtet, solche kleinen Opfer zu bringen. Wir richten deshalb erneut von dieser Stelle aus an die Kollegen und Kolleginnen die dringende Mahnung, jetzt beim Quartalswechsel Letter der „Sonne“ zu werden und auf der nächsten Postanstalt zu abonnieren. Der niedrige Preis von 50 Pfg. für das Halbjahr ermöglicht dies einem jeden.

Die Vorarbeiten für die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden werden Ende dieser Woche begonnen, indem sich die Referenten der sozialpolitischen Abteilung im Reichsamt des Innern sowie Vertreter der preussischen Regierung in die hauptsächlichsten Gebiete unserer Heimindustrie begeben. Nach § 519 der Reichsversicherungsordnung soll der Bundesrat für die Durchführung der hausgewerblichen Krankenversicherung die Vorschriften erlassen. Hierzu ist im Reichstag der Wunsch laut geworden, die Reichsregierung möge sich vor Erlass der betreffenden Vorschriften mit den beteiligten Industrien in Verbindung setzen. In Erfüllung dieses Wunsches bezieht die Kommission in der Zeit vom 1. bis 17. Juli Gumburg, Bünde, Erford, Bielefeld, Krefeld, Elberfeld, Köln, Offenbach, Nichtenfels, Kronach, Sonneberg, Plauen, Dresden, Breslau und Weidenbach. Es wird sich darum handeln, in diesen Orten die Verhältnisse der Hausarbeit in der Zigarren-, Leinen-, Spitzen-, Lederwaren-, Spielwaren-, Korbwaren-, Nahrungsmittelindustrie und der Konfektion zu untersuchen, soweit sie für die Krankenversicherung in Frage kommen.

Dass die Eisenindustrie in Solingen in die Erhebungen nicht eingeschlossen ist, hat seine Ursache darin, dass dort durch Ortsstatut die Hausgewerbetreibenden bereits der Ortskrankenkasse angehören. Die wichtigsten Fragen, die der Regierung durch den Bundesrat unterliegen, und für die daher die Unterlagen beschafft werden müssen, sind die Berechnung der Zuschüsse der Klassen untereinander, die Ristenauflistung über die beschäftigten Hausgewerbetreibenden für die Landkrankenkassen durch die Auftragsgeber und die Bestimmung über die Unterlagen zur Nachprüfung der Zuschüsse. Außerdem müssen zur Durchführung der hausgewerblichen Krankenversicherung eine Reihe weiterer Punkte geregelt werden, so die besonderen Verhältnisse in der Weben- und Korbmacherei, sowie der Maschinenfabrikerei, die Berechnung der Roh- und Hilfsstoffe, wo verschiedenartige Materialien in kleinerem Umfang zur Verwendung gelangen, und die Berechnung des Auftraggeberzuschusses in den Fällen, wo sich der Hausgewerbetreibende bei der Herstellung des Fabrikats der Hilfeleistung anderer selbstständiger Hausarbeiter bedient.

Ob man bei diesen Vorarbeiten und Untersuchungen wohl auch die Arbeiter, die doch am meisten interessiert sind, fragen wird?

Die ortsüblichen Tagelöhne gewöhnlicher Tagearbeiter sind für eine Reihe von Orten neu festgelegt und vom kaiserlichen Statistischen Amt jetzt zusammengestellt worden. Der ortsübliche Tagelohn gewöhnlicher Tagearbeiter für Personen im Alter von mehr als 16 Jahren beträgt danach jetzt im Stadtkreis Stettin 3 Mk., Straßburg 2,50 Mk., in Göttingen, Goslar, Sildesheim und Weine 2,80 Mk., im Stadtkreis Krefeld 3,30 Mk., in M. Gladbach 3 Mk., in H. Heydt 3 Mk., in vielen Bürgermeistereien des Regierungsbezirks Köln ebenfalls 3 Mk., so in Sonneck, Königswinter und Siegburg, in der pfälzischen Stadt Bad Dürkheim 2,80 Mk., in Frankenthal 3 Mk., Ludwigshafen 3,40 Mk., Speyer 2,80 Mk., Augsburg 3 Mk., Gießen 3,10 Mk., Worms 3 Mk., im Fürstentum Brabant 2,80 Mk. Die neuen Lohnsätze treten teils jetzt, teils im Laufe dieses Jahres in Kraft.

Ein Zeugnis für die Deutschen Gewerkschaften. Der in Hirschberg erscheinende „Vote aus dem Riesengebirge“ beschäftigt sich in seiner Nummer

vom 27. Juni anlässlich des Gewerkschaftskongresses mit der deutschen Arbeiterbewegung. Gegen Schluss des durchaus sachlich gehaltenen Artikels heißt es da:

„Eine ganz andere Frage aber ist die, ob die Gewerkschaften mit der Verquickung von Politik und beruflich-gewerkschaftlicher Arbeit auf dem rechten Wege sind, ob nicht Deutschlands politische Zustände eine weit gesündere Entwicklung genommen hätten und die Lage der deutschen Arbeiterchaft nicht eine weit bessere geworden wäre, wenn diese Verquickung von allem Anfang an vermieden worden wäre. Schwere Opfer hat auf jeden Fall der deutsche Arbeiterbewegung diese Verquickung gekostet. Nach und nach haben jedoch auch die Gewerkschaften recht viel Wasser in ihren Wein zu gießen gelernt. Die Ziele der Hirsch-Dunderischen sind ursprünglich von den Gewerkschaftlern verlagert und die Mittel der Hirsch-Dunderischen verhöhnt worden, und am letzten Ende haben die Gewerkschaften doch erkennen müssen, daß andere Wege, als die von Dr. Hirsch und Franz Dunder vorgezeichneten, nicht zum Ziele führen. So haben auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht zuletzt unter dem Einfluß der Erklärung der Arbeitgeber-Organisationen, die Vorbild der Deutschen Gewerkschaften nachahmen müssen. Nichts, als dieser grundlegenden Wandel innerhalb der Gewerkschaften, beweist besser, daß die Hirsch-Dunderischen von allem Anfang der deutschen Arbeiterbewegung an auf dem rechten Wege gewesen sind.“

Wenn wir gelegentlich diesen Gedanken Ausdruck gegeben haben, ist man von „frei-gewerkschaftlicher Seite mit Hohn und Spott gegen uns losgegangen. Deshalb ist diese Würdigung eines unparteiischen Beurteilers um so höher zu bewerten.

Arbeiterbewegung. Der Streik der Bäckergehilfen in Danzig ist noch nicht beendet; noch etwa über 100 Arbeiter befinden sich im Streik. In Pforzheim stehen die Möbeltransportarbeiter im Ausstand. Sie weigern sich, den von den Unternehmern ausgearbeiteten Tarif anzunehmen. — In der Wälschen Industrie von Groß-Berlin haben die Arbeiter und Arbeiterinnen beschlossen, den Tarif zu kündigen. In einer demnächstigen Versammlung sollen Neuforderungen aufgestellt werden. In Betracht kommen rund 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen. — Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier geht der Kampf weiter. Es sollen jedoch in den nächsten Tagen Verhandlungen zwischen den Grubenbesitzern und den Bergleuten stattfinden. — In Meerane i. S. drohten die Unternehmer mit einer allgemeinen Ausperrung der Färbereiarbeiter. Die Differenzen konnten jedoch noch beigelegt werden, so daß die Ausperrung unterbleibt. — Die Tarifverhandlungen im Buchbindergewerbe sind mit dem Neuausschlag des Tarifs beendet worden. — Auf dem Eisenwerk „Rote Erde“ in Dortmund haben 140 Walzwerkarbeiter wegen fortwährender Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. — Die Berliner Straßenbahner haben an die Direktion Forderungen gestellt, die jedoch abgelehnt wurden. In einer großen Versammlung beauftragten sie die Organisation, nochmals mit der Direktion in Verbindung zu treten. — Ein Konflikt ist bei den Marinetechnikern in Kiel ausgebrochen. Nach Anordnung des Reichsmarineministers sollen diese Techniker nur noch auf Privatdienstverträge, also ohne Anspruch auf spätere etatsmäßige Anstellung und ohne Pensionsberechtigung angenommen werden dürfen. Den bei den Marinebehörden angestellten Technikern ist denn auch zum 1. Juli gekündigt und ihre Weiterbeschäftigung von der Anerkennung eines neuen Dienstvertrages abhängig gemacht worden. Diese Dienstverträge sind sehr ungünstig, weshalb von den Technikern um Abänderung gebeten worden ist. Da diese Gebote unberücksichtigt geblieben sind, haben sämtliche Techniker der Marineintendantur und der Bauämter in Kiel beschlossen, die Annahme der Verträge abzulehnen und ihre Untertarifstellen zu verweigern. Der Deutsche Technikerverband hat den gekündigten Technikern seine Unterstützung zugesagt und will, falls die Entlassung erfolgt, die Sperrung über die Marinebetriebe verhängen. — Im Berliner Bau- und Handwerker-Gewerbe haben zwischen den Vertretern der Arbeiter und Unternehmer Verhandlungen stattgefunden, die das Ende des Kampfes nähergerückt haben. Die getroffenen Vereinbarungen sind von den Arbeitern gebilligt worden, so daß es nunmehr von den Unternehmern abhängt, ob der Friede zustande kommt. — Im Maintal und einem Teile in den Streik getreten, weil die Unternehmer auf die gestellten Forderungen nur geringfügige Zugeständnisse machten.

In der italienischen Provinz Ferrara haben die Landarbeiter den allgemeinen Ausstand beschlossen. Die Regierung hat deshalb große Truppenmassen zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der ganzen Provinz verteilt. — Der Streik der Seeleute hat insofern noch eine Ausdehnung erfahren, als in vielen englischen Hafenstädten die Dock- und Hafendarbeiter sich der Bewegung angeschlossen haben. Selbst die Eisenbahnangestellten haben an verschiedenen Orten beischlossen, zugunsten der Seeleute in den Ausstand zu treten. In Holland, wo die Bewegung zum Stillstand gekommen zu sein schien, ist neuerdings auch eine Ausnahme der Streikenden zu verzeichnen. Die Unternehmer in England wollen zwar eine mäßige Erhöhung der Löhne bewilligen. In ihrer Zusammenkunft aber sind sie sich darüber einig geworden, sowohl der Seemanns-, wie der Seizerorganisation die Anerkennung zu verweigern. Alle diese Vorgänge deuten darauf hin, daß sich der Kampf doch länger hinzieht, als ursprünglich erwartet werden durfte. — Die Straßenbahner in Oporto (Portugal) sind in den Ausstand getreten, so daß eine vollständige Stilllegung des Verkehrs zu befürchten ist. Die Gemeindeverwaltung will durch Militär den Betrieb der Straßenbahnen weiterzuführen verhindern.

In Verbands deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter. Früher Sitz Eriar, jetzt Berlin, ist es in letzter Zeit recht lebhaft hergegangen. Der Vorsitzende Severin wurde von seinem Amte befreit, weil er in einer Eisenbahnerversammlung in Berlin den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Ströbel hatte reden lassen. Severin suchte sich zu rächen, indem er ein Flugblatt in den Mitgliederkreise verbreitete, das sich in der Hauptsache gegen den Syndikus des Verbandes, Seihner, richtete. Es waren zum Teil heikle Dinge, die da dem Syndikus vorgeworfen wurden. Nun hat in diesem Wochen in Halle der Delegiertentag des Verbandes stattgefunden. Bezeichnenderweise waren die Verhandlungen geheim. Zur Prüfung der Angelegenheit Severin/Seihner hatte man eine Kommission eingesetzt, die sich sowohl für den Ausschluss von Severin, wie für die Entlassung Seihners aussprach. Der Delegiertentag selbst hat sich den Beschlüssen der Kommission angeschlossen. Die Entlassung Seihners erfolgte einstimmig. Der Ausschluss Severins wurde gegen 68 Stimmen angenommen. Man wird in wohl in nächster Zeit aus dem Verbandsorgan selbst Näheres erfahren können.

Sind Streikunterstützungen steuerpflichtig? Mit dieser Frage beschäftigt sich in der „Deutschen Juristen-Zeitung“ der Regierungs-Assessor Dr. Niesel und kommt zu dem Ergebnis, daß nach dem Urteil des sächsischen Oberverwaltungsgerichts vom 31. Januar 1910 in Sachen die Streikunterstützungen, die ein Lohnarbeiter als Mitglied einer Organisation von dieser empfangt, der Einkommensteuer unterworfen sind. Sie gehören, sofern das Einkommen des Lohnarbeiters überhaupt als schwankendes anzusehen ist, zu den Bezügen, die bei der Einkählung mit dem Gesamtergebnis des letzten Kalenderjahres in Anschlag kommen.

Für Preußen kann der Verfasser dieser Ansicht aber nur Bedingungsweise beitreten. Nach dem im § 6 des preussischen Einkommensteuergesetzes ausgesprochenen wirtschaftlichen Grundsatze gelten als steuerpflichtiges Einkommen die gesamten Jahreseinkünfte aus Kapitalvermögen, Grundbesitz, Handel, und Gewerbebetrieb und gewinnbringender Beschäftigung sowie selbständigen Rechten auf wiederkehrende Bezüge. Einnahmen aus anderen Quellen sind dagegen nicht als steuerpflichtiges Einkommen anzusehen. Da die von einer Arbeiterorganisation an die Mitglieder gezahlten Gelder nicht der Einkommensquelle der „gewinnbringenden Beschäftigung“ entstammen, vielmehr einem besonderen, von den Mitgliedern zum Zwecke gegen Not bei Arbeitslosigkeit abgeschlossenen Versicherungsvertrage entstammen, so fallen die Leistungen aus der Organisationskasse an den Lohnarbeiter unter den Begriff der „Einnahmen aus Rechten auf periodische Bezüge und Vorteile irgendwelcher Art“, von denen der § 6 Absatz 4 des preussischen Einkommensteuergesetzes spricht. Während die Steuerpflicht des Einkommens aus gewinnbringender Beschäftigung nicht davon abhängt, daß dem Empfänger der Leistung ein Rechtanspruch auf die Leistung zusteht, so bildet nach ständiger Rechtsprechung des preussischen Oberverwaltungsgerichts die Voraussetzung für die Einnahmen der Einkommensquelle des „Rechts auf periodische Bezüge“ das Vorhandensein eines Rechtsanspruches. Es ist daher in jedem Falle an der Hand der Statuten der betreffenden Organisation zu prüfen, ob den Mitgliedern ein Rechtsanspruch auf die Leistungen

aufsteht, oder ob die Leistungen freiwillige sind. Nur im ersten Falle sind die Streitunterstützungen steuerpflichtig.

Kaiser und Sozialdemokrat. In der Presse ist in letzter Zeit viel die Rede gewesen von der Teilnahme des sozialdemokratischen Führers der englischen Arbeiterpartei Macdonald an einem vom englischen Kriegsminister zu Ehren des deutschen Kaisers veranstalteten Diner. Bei dieser Gelegenheit hat Kaiser Wilhelm sich auch mit dem Arbeiterführer unterhalten. Wir können beim besten Willen an einem solchen Vorgange nichts besonderes finden. Erst dadurch, daß man die Angelegenheit in der englischen und deutschen Presse mehr weiß wie breit getreten hat, hat sie eine gewisse Bedeutung erlangt. Auch in England gibt es einige Gruppen unter den Sozialisten, die es nicht verstehen können, daß ein Arbeiterführer an einem solchen Festmahl teilnimmt. Sie haben deshalb einen Beschluß gefaßt, in welchem Macdonalds Verhalten beurteilt wird. Es sei nicht angängig, so behaupten jene Prinzipienwächter, mit einem Feinde des Sozialismus zu speisen. Macdonald erklärt nun in der „Socialist Review“ diese Kritik einfach als unverschämmt und schreibt: „Wenn eine solche alberne Bestimmung aufgestellt würde, so könnten einige Sozialisten nicht mehr mit ihren Frauen speisen und auch die Schwelle des Hauses von Mitgliedern ihrer eigenen Familien nicht mehr überschreiten. Man kann mit dem Kaiser gerade so gut wie mit den Herren Balfour und Asquith den Sozialismus erörtern.“

Aus dieser Abfuhr, die sich auch die deutschen Sozialdemokraten merken können, erfährt man nun auch, daß das Gespräch zwischen dem Kaiser Wilhelm und dem englischen Arbeiterführer sich um den Sozialismus gedreht hat. Vielleicht haben beide Teile durch die Aussprache gewonnen.

Einen Ausbildungskursus für Jugendvereinsleiter veranstaltet die Vereinigung zur Förderung der schulfreien Klassen und der jugendlichen Jugend in Hamburg vom 18. September bis 15. Oktober. Der Zweck ist, vor allem künftige Jugendvereinsleiter oder Anfänger in dieser Arbeit zu fördern. Als Teilnehmer am Kursus sind Studierende aller Art, Lehrer, Techniker, Kaufleute usw. vorgesehen; nur ein Arbeiter hat man nicht gedacht. Die lange Dauer des Kursus würde deren Beteiligung, vorausgesetzt, daß nicht Mittel zur Verfügung stehen, ja auch unmöglich machen. Das ist ein erheblicher Mangel, da gerade in den Kreisen der Arbeiter sich neuerdings die Jugendorganisation der größten Pflege erfreut. Es wäre zu wünschen, daß bei künftigen Veranstaltungen diesem Moment Rechnung getragen wird.

Verbands-Zeit.

An die Ortsverbandskassierer!

Im Monat März d. J. sind die Verbands-Adressenverzeichnisse verandt

worden, aber noch immer ist trotz wiederholter Mahnung ein Teil der Ortsverbände mit der Abrechnung im Rückstande. Das ist um so bedauerlicher, als die Adressenverzeichnisse nur auf ausdrückliche Bestellung ausgedruckt worden sind. Im Interesse einer ordnungsmäßigen Kassenführung ersuchen wir nunmehr dringend die nachfolgenden Ortsverbände, das Versäumte nachzuholen und den schuldigen Betrag an den Unterzeichneten einzuweisen:

- Altensburg, Deuthen, Bochum, Breslau, Bunzlau, Canstatt, Cottbus, Dessau, Düren, Düsseldorf, Finsterwalde, Gelsenkirchen, Göppingen, Graudenz, Gaben, Hamburg, Hannover, Hirschberg i. Schl., Jeknis, Jauerburg, Kaiserslautern, Kiel, Lauenburg, Liegnitz, Mannheim, Meissen, München, M.-Gladbach, Posen, Paderborn, Pommern, Rastenburg, Rastow, Schwerte, Spandau, Weichau, Waldenburg i. Schl., Witten, Wittenberg, Worms, Zabrze, Zeitz, Zerbst.

Der geschäftsführende Ausschuss.
H. Klein, Verbandskassierer.

Berichtsammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerbetreibenden (H. D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerbetreibenden, Stralsunderstr. 221/23. Im Juni und Juli finden keine Zusammenkünfte statt. 1. Sitzung Mittwoch, 16. August. — Gewerbetreibenden-Vereinsrat (H. D.). Jeden Donnerstag abds. 9—11 Uhr, Verbindungshaus der Deutschen Gewerbetreibenden (Grüner Saal). Gäste willkommen.

Orts- und Bezirksverbände.

Cottbus (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandwerferstr. 42. — Düsseldorf (Volkswirtschaftsschule). Jeden Montag, abds. von 9—11 Uhr i. Verbandshaus, Karlsruherstr. 29. Sitzung. — Eberfeld-Barmen (Ortsverband). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8 Uhr, Vertreterversammlung bei Roggenkämpfer, Eberfeld, Lützenstr. u. Erholungsgäßchen. — Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband-Vereinsrat, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal G. Simon, Alter Markt. — Gera (H. D.). Jeden 3. Sonntag im Monat, abds. 8 Uhr, Distriktsabend bei Ludewigs. — Halle a. S. (Ortsv.). Der Distriktsrat find. jed. 1. Sonntag im Monat i. Postgasse-Mestl., Gr. Brauhausstr. statt. — Hamburg (Ortsverb.). Jeden Mittwoch, abds. 8 Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Poststr., Distriktsrat. — Herten (Distriktsklub). Jeden Mittwoch 8 Uhr bei Banter, Oststr. — Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband). Sonntag, 9. Juli, morgens 9 Uhr Ausschussung in der „Königswohrt“, Brühlstr. 12. Sonnabend, 16. Juli, abds. 8 Uhr dominierte Ausschussung der Fabrik- u. Handarbeiter Hannover, Linden, Rüdigerstr. u. Hainholz, bei Herrn Borchers-Rüdiger. Endstation der Straßenbahn Linie 7. T.-D.: Bericht über die Generalversammlung in Magdeburg. Referent: Kollege Beuch-Linden.

Sonntag, 16. Juli, morgens 9 Uhr Ortsverbandsvers. in der „Königswohrt“, Brühlstr. 12. T.-D.: 1. Vortrag über: „Das Krankenversicherungsgesetz“. Referent: Kollege Borchers-Rüdiger. — „Jugendabteilung“. — Hochlarmark (Fabrik- u. Handarb.). Unsere Theater-Veranstaltung findet jeden dritten Sonntag im Monat vormittags 10 Uhr h. Wirt Busch in Hochlarmark II statt. — Köln (Ortsverband). Donnerstag, 6. Juli, abds. 9 Uhr Vertreterversammlung in der Konz.-Erholung. Bericht über den Delegiertenrat des Ausbreitungsverbandes. Abänderung unserer Verbandsstatuten. Karten zu den Steinbock-Konzerten bei den Vorstandsmitgliedern. — Leipzig (Gewerbetreibenden-Vereinsrat). Die Verbindungstreffen finden jeden Mittwoch abds. 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und Stammgäste Mitglieder sind herzlich willkommen. — Cettin (Sängerchor der Gewerbetreibenden). Die Verbindungstreffen finden jed. Dienstag abds. 8 Uhr im Lokal Nebel, Poststr. 5, statt. Stammgäste Kollegen sind herzlich willkommen. — Regal (Distriktsklub für Regal, Roggenwald- und Reindendorf). Sitzung jeden Dienstag abds. von 8 bis 10 Uhr bei Kähler, Berlinstr. 38. Gäste willkommen. — Thora (Bäder). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Rieckel, Mauerstr. 62. — Weichenfels a. S. (Verbandsabteilung der Gewerbetreibenden). Verbindungstreffen: Dienstag, abds. 8 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Glangeliebende Gewerbetreibenden sind willkommen. — Weichenfels (Distriktsklub der Gewerbetreibenden). Jeden Mittwoch 9—11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“.

Wiedererlangen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Stah (Ortsverb.). Heinrich, Kassierer, Ring 11. Halberstadt (Ortsverb.). Gustav Bloch, Schriftführer, Duedelburgerstr. 13. Plauen i. B. (Ortsverb.). S. Berner, Schriftführer, Postgasse 22.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren. Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht. Die Sozialdemokratie wie sie lebt und leidet. Zur sozialdemokratischen Selbstbeurteilung. Von Arminius. Verlag von Otto Eisner, Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin. Boykott, Sperrung und Auslieferung. Eine sozialrechtliche Studie von Professor Dr. jur. et phil. Maxfeld, Privatdozent. Verlag von Gustav Fischer, Jena. Preis Mf. 9,00. Kurze Uebersicht über das genossenschaftliche Bildungswesen. Von Professor Dr. Staubinger. Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann u. Co., Hamburg 1. Jahresberichte der Gewerbaufsichtsbeamten im Königreich Württemberg für 1910. Kommissionsverlag von H. Lindemann Buchhandlung (H. Kurz), Stuttgart. Wie macht man sein Testament kostenlos selbst? Unter besonderer Berücksichtigung des gegenseitigen Testaments unter Eheleuten gemeinverständlich dargestellt, erläutert und mit Ruffenbeispielen versehen von Richard Burgemeister. F. Schwarz u. Comp., Geseh-Verlag, Berlin S., Dresdenstr. 80. Der Schutz der nationalen Arbeit. Von Ludwig Herz. Fortschritt (Buchverlag der „Gilde“), G. m. b. H., Berlin-Schöneberg 1911. Preis 1.— Mf. Die Arbeitslosigkeit, ihre statistische Erfassung und ihre Bekämpfung. Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Nürnberg. Heft 1. Verlag von H. G. Gebald, Nürnberg und Leipzig.

Anzeigen-Zeit.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Medizinalverband für die Mitglieder der Deutschen Gewerbetreibenden (Hirsch-Dücker) und deren Angehörige für Berlin und dessen Vororte.

Amtliche Bekanntmachung.

Allen Vertrauensmännern und Mitgliedern obgenannten Medizinalverbandes wird hierdurch bekanntgegeben, daß die bisherigen rosa Medizinscheine mit dem 30. Juni 1911 als ungültig erklärt werden. Es treten an diese Stelle mit dem 1. Juli 1911 neue Medizinscheine mit blauer Farbe.

Die Vertrauensmänner und Mitglieder besagten Medizinalverbandes erhalten hiermit die Anweisung, etwa noch in ihrem Besitz befindlichen rosa Medizinscheine zu vernichten, da die Rassenärzte von unterzeichnetem Vorstande die Anweisung erhalten haben, auf die bisherigen Medizinscheine keine Behandlungen mehr vorzunehmen.

Der Vorstand:

- C. Schlohaner, Vorsitzender.
- G. Körner, Schriftführer.
- E. Dabrunz, Hauptkassierer.



Arzt (Fabrik- und Handarbeiter). Durchreisende Gewerbetreibenden erhalten Abendrot, Nachtlosgeld, Kaffee und Frühstück. Verpflegungskarten beim Kassierer G. Claasen, Kolontestr. 32.

Elbing (Ortsverband). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten an Reisenerstattung 75 Pfg. bei G. Zimmermann, Thalstraße 36.

Kachen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mf. Reisenerstattung in dem Arbeitersekretariat Kachen, Adalbertstr. 71.

M.-Gladbach-Rheydt (Ortsverband). Durchreisende Kollegen jeden Berufes erhalten 50 Pfg. Reisenerstattung im Gewerbetreibendenbureau, Büttcherstraße 180. Dasselbe auch Arbeitsvermittlung sowie Auskunft in allen anderen Angelegenheiten kostenlos an jedermann.

Wilhelmshaven (Ortsverband). Durchreisende Gewerbetreibenden erhalten in den Herbstferien zur Heimat I und II freies Nachtquartier, Abendrot und Frühstück. Karten sind zu haben bei dem Ortsvereinskassierer, G. S. Bede, Bant, Goethestr. 7.

Janes (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Ostpfennig bei P. Kobelt, Hofplatz 6.

Köln und Mülheim a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Verpflegungskarten im Gewerbetreibendenbureau, Ewerstr. 118 I.

Kayman L. Schief. (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterstüßung von 75 Pfg. ausgezahlt beim Ortsvereinskassierer G. Walter, Liegnitzerstraße 44.

Erfurt. An durchreisende Kollegen wird eine Unterstüßung von 0,75 Mf. durch den Ortsvereinskassierer August Seitensticker, Rangebrücke 61, gezahlt.

Saarbrücken (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfennig bei den Ortsvereinskassierern oder im Sekretariat Saarbrücken I, Gutenbergstr. 28 I.

Bromberg (Ortsverb.). Durchreisende Gewerbetreibenden erhalten 75 Pfg. Ortsgefchenk bei dem Ortsvereinskassierer bzw. beim Ortsvereinskassierer-Kollegen in Hüttner, Bromberg-Pringenthal, Hofstr. 8.

Rothensbach und Umgegend (Ortsverband). Reisenerstattung, 65 Pfg., erhalten durchreisende Gewerbetreibende beim Kollegen Gust. Pichel, Bauverein Nr. 87, Rothensbach i. Schl. Verbands-Verberge: Gasthof zum Klara-Schacht.



Worms (Ortsverb.). An durchreisende Kollegen wird eine Unterstüßung von 70 Pfg. gezahlt vom Kassierer Otto Kneller, Mähgasse 12.

Wosen (Ortsverband) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstüßung; zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsvereinskassierern und bei Friedrich Ehrlich, Berlinerstr. 19.

Hork L. E. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Verpflegungskarten bei G. Renzel, Köpferstr. 14.

Lädenfeld. Der Arbeitsnachweis (sowie Ortsverbandsgefchenk) befindet sich beim Sekretär Herrn Bartelt, Rinderstr. 33.

Oberhausen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mf. Unterstüßung im Bureau, Marktweimerstraße 42.